



Für den Nationalpark Hohe Tauern in Osttirol benötigt es in der künftigen Ausrichtung mehr konkrete Vorgaben und quantifizierbare Ziele. Foto: EXPA/Groder

## Sparsam, aber zu wenig konkrete Ziele

Der Landesrechnungshof empfiehlt, die Strategie und den Managementplan für den Tiroler Teil des Nationalparks Hohe Tauern in Osttirol zu überarbeiten.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Die Verwaltung für den Tiroler Anteil am Nationalpark Hohe Tauern (611 Quadratkilometer) arbeitet effizient und sparsam. Die jährlichen Aufwendungen betragen rund 3,15 Millionen Euro, zwischen 2016 und 2018 betrug der Abgang insgesamt 890.000 Euro. Ende des Vorjahres hat sich der Landesrechnungshof (LRH) eingehend mit der Nationalparkverwaltung beschäftigt, das Prüfergebnis liegt jetzt vor. Es fällt überwiegend positiv aus, weil auch in „Hinblick auf den sparsamen Personaleinsatz im überprüften

„Sämtliche Studien waren älter als fünf Jahre, einzelne davon reichten bis ins Jahr 2000 zurück.“

(Landesrechnungshof)

Zeitraum von 2016 bis 2018 von einer effizienten Fondsverwaltung gesprochen werden kann“, wie es heißt.

Sehr kritisch setzt sich der Rechnungshof hingegen mit der Strategie und dem Managementplan auseinander. Schließlich flossen etwa 2018 rund 2,2 Millionen Euro an öffentlichen Förderungen in den Nationalpark, 1,059 Mio. Euro davon kamen vom Land Tirol.

Welche Wirkung entfalten nun die Angebote, Maßnahmen, Initiativen oder Projekte im Nationalpark auf die Region in Osttirol? Hier ortet der LRH doch einige Defizite, vor allem was die touristische Entwicklung betrifft. „Sämtliche Befragungen/Studien waren

älter als fünf Jahre, einzelne davon reichten bis ins Jahr 2000 zurück.“ Um eine Einschätzung über Wertschöpfung, Bekanntheit und Motivlage der Besucher zu erhalten, empfiehlt der LRH, dass der Nationalparkfonds aktuelle Expertisen in Auftrag gibt.

Mit dem erst im Mai verabschiedeten Managementplan von 2019 bis 2028 verhält es sich ähnlich. Deshalb regt der LRH an, die zu allgemein definierte Strategie zu überarbeiten. Es wird nämlich festgestellt, dass die vorgesehenen Aktionen „über weite Strecken eine Beschreibung der schon bisher im Nationalpark gesetzten Maßnahmen darstellen. Darüber hinaus legt der Managementplan auch keine quantifizierbaren Ziele und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung fest.“ Diese benötige es allerdings, um notfalls gegenzusteuern oder Anpassungen vorzunehmen.

Mit der von der Landesregierung ins Treffen geführten österreichweiten Nationalparkstrategie 2020+ will sich der Rechnungshof nicht abspesen lassen. Er fordert Zahlen, Daten und Fakten: Bei der Positionierung des „Hauses des Wassers“ als Bildungszentrum sollten quantitative Ziele (Besucherzahlen) festgelegt werden, welche man anhand von Indikatoren wie Anzahl der teilnehmenden Schulen, Schüler, Erwachsenen, Teilnehmer- und Rangertage überprüfen könnte.



**Im Internet:** Weitere Informationen finden Sie auf [www.tt.com](http://www.tt.com)

# „Müssen Pläne noch einmal ordentlich durcharbeiten“

Türkis-Grün will 2040 klimaneutral sein, Schwarz-Grün in Tirol muss nachziehen. Landesregierung hat nach Klausur volle Auftragsbücher.

Von Manfred Mitterwachauer

**Kufstein** – Vor einem Jahr rückte das Wohnpaket in den Mittelpunkt. Dieses Jahr stand die Auftaktklausur der schwarz-grünen Landesregierung an der FH Kufstein noch ganz unter dem Eindruck der frisch angelobten türkis-grünen Bundesregierung und ihres Regierungsprogramms.

Die Auswirkungen auf Tirol seien nicht die kleinsten, hieß es dann auch gestern vor den Medien. Wie berichtet, ist das eigene Transitzkapitel von Türkis-Grün Ausdruck eines Schulterklusses mit Tirol im Kampf gegen die Lkw-Flut entlang der Brennerroute. Dieser soll die Position Tirols gegenüber den widerspenstigen Italienern und dem in einigen Bereichen bremsenden Bayern kräftigen helfen. LH Günther Platter (VP) will nach dem „Weihnachtsfrieden“ den Druck auf die Nachbarländer wieder erhöhen. Die deutschen Grenzkontrollen bezeichnete Platter gestern offen als „Schweineerei“.

Innerösterreichisch ist für Platter das türkis-grüne Öffi-Ticket, das österreichweit gelten soll, eine „engagierte Ansage“. Einerseits hinsichtlich dessen Finanzierung, andererseits aufgrund der hierfür notwendigen Vereinheitlichung der Ländersysteme. LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) ortet noch Länder, die Aufholbedarf hätten.

Auch wenn es „dem Steuerzahler wurscht“ sein werde, wer die Kosten trage – Ländern und Bund stünden hier wohl noch zähe Verhandlungen bevor, mutmaßt Felipe. Nicht zuletzt, weil das derzeitige Finanzierungssystem aus dem Jahr 1999 stamme. Viel Arbeit kommt auf Tirol auch in Sachen Klimaschutz zu. Der Bund will bereits 2040 klimaneutral sein. „Da werden wir unsere Pläne noch einmal ordentlich durcharbeiten müssen“, kündigt Felipe an. Da treffe es sich gut, dass der Landtag die Regierung bereits mit einer Evaluierung der Tiroler Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie beauftragt hat. Bis Jahresende werde diese vorliegen, so Felipe.



LH Günther Platter und LHStv. Ingrid Felipe fanden gestern kein Haar in der türkis-grünen Regierungssuppe. Foto: Land

## 700 Millionen, damit die Wolken wieder abziehen

**Kufstein** – Die Wirtschaftskammer hat erst am Mittwoch davor gewarnt, gestern tat es LH Günther Platter. Auch über Tirol bedingte sich der Konjunkturmehrwort einzuwirken, man erwarte einen Rückgang des Wirtschaftswachstums im heurigen Jahr auf ein bis 1,5 Prozent. „Daher müssen wir jetzt schon gegensteuern, damit die Arbeitslosenquote nicht stark steigt“, verwies Platter deshalb auf ein über 700 Millionen Euro schwe-

res Investitionsprogramm für die Jahre 2020 und 2021 zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes. Die Landesregierung wird allerdings kein frisches Geld in die Hand nehmen. All diese Millionen seien bereits im Doppelbudget eingepreist, welches der Landtag im Dezember durchgewinkt hatte, erklärte Platter an der FH in Kufstein. Investiert wird u. a. in Arbeitsmarktförderung, Hochbau, Öffis und einen Glasfasernetzausbau. (mami)

### Politik in Kürze

## Dornauer beruft, Debatte um Kuhn-Orden

**SPÖ-Chef Georg Dornauer** wird gegen das gegen ihn verhängte unbefristete Waffenverbot Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht einlegen. Das bestätigte Dornauer gestern gegenüber der *TT*. Aus seiner Sicht ist das Verbot überschießend, schließlich habe er seinen Fehler eingesehen und werde die Verwaltungsstrafe bezahlen. Weil er sein geladenes Jagdgewehr am Rücksitz seines Autos bei offenem Fenster am Innsbrucker Flughafen in der Gewehr Tasche liegen gelassen hatte, verhängte die

BH Innsbruck das Verbot.

Die 1999 erfolgte Verleihung des Tiroler Adler Ordens an den Dirigenten **Gustav Kuhn** sorgt für Debatten. Wenn nämlich später Tatsachen bekannt werden, die einer Verleihung entgegenstünden wären, oder wenn der oder die Ausgezeichnete nachträglich ein Verhalten setzt, das einer Verleihung entgegensteht, können die Ehrungen als nichtig erklärt werden. Die Landesregierung müsste dazu ein Verfahren einleiten. Schließ-

lich kommt die Gleichbehandlungskommission im Bundeskanzleramt in ihrem Bericht zu einem unmissverständlichen Schluss: Kuhn habe Künstlerinnen in Erl sexuell belästigt. Kultur-LR **Beate Palfrader** (ÖVP) stellt jetzt klar, dass, unabhängig von den künstlerischen Qualitäten Kuhns, mit dem heutigen Wissen für sie eine Ordensverleihung nicht infrage gekommen wäre.

Für die Liste Fritz ist die Verschärfung der Kontrolle von illegalen Freizeitwohn-

sitzen ein richtiger Schritt, zugleich benötige es aber zusätzliche Maßnahmen, fordert LA **Markus Sint**. „Das Land Tirol soll eine eigene Kontrollgruppe, bestehend aus juristischen und technischen Experten, aufstellen, die den Bürgermeistern und Gemeinden bei den Kontrollen vor Ort zur Seite stehen.“ Es habe bisher schon genug gesetzliche Möglichkeiten gegeben, auch unter der Androhung eines Strafausmaßes von bis zu 40.000 Euro, kritisiert hingegen FP-LA **Evelyn Achthorner**. (pn)

### Kurzmeldungen

## 65.800 ÖAMTC-Einsätze

**Innsbruck** – 65.800-mal rückten die Gelben Engel der ÖAMTC-Pannenhilfe 2019 in Tirol aus. Im Schnitt waren das 180 Einsätze pro Tag: eine Zahl, die sich bei extremer Witterung sogar verdoppelt hat. Mit über 8200 Pannenhilfe-Einsätzen war der Jänner der intensivste Monat. Auf Rang zwei der Dezember (5900), gefolgt vom August mit 5800 Einsätzen. (TT)



Am häufigsten rückten die Pannenhelfer im Jänner aus. Foto: ÖAMTC

## Technischer Defekt löste Brand aus

**Umhausen** – In einer Wohnung in Umhausen ist am Mittwochabend ein Brand ausgebrochen. Der Brandmelder schlug Alarm. Die Feuerwehrmänner konnten die Flammen rasch ersticken. Wie die Ermittlungen ergaben, war die Brandursache vermutlich ein technischer Defekt beim TV-Gerät. (TT)

## Mehrere Frauen sexuell belästigt

**Mayrhofen** – Ein schwer betrunkenen Deutscher soll am Mittwoch in einem Lokal in Mayrhofen mehrere Frauen unsittlich berührt haben. Ein Security-Mitarbeiter warf den 50-Jährigen unter Gewaltanwendung aus dem Lokal. Der Deutsche erlitt dabei Gesichtsverletzungen. Jetzt ermittelt die Polizei. (TT)

## Riesenbeute für Betrügerin

**Kufstein** – Eine Unterländerin aus dem Raum Kufstein verlor durch eine Internetbetrügerin über 100.000 Euro. Die 50-Jährige hatte sich im Juli bei einer Online-Plattform angemeldet, um dort Aktiengeschäfte abzuwickeln. Dabei wurde sie von einer vermeintlichen Mitarbeiterin beraten, die die Unterländerin fast täglich anrief und verschiedene Aktien empfahl. Letztendlich überwies das Opfer bis Dezember in mehreren Tranchen über 100.000 Euro auf ein Konto in Litauen. Als die 50-Jährige kurz vor dem Jahreswechsel ihr Geld beheben wollte, waren die Online-Plattform bzw. die „Beraterin“ plötzlich nicht mehr erreichbar. Die Polizei hat jetzt Ermittlungen aufgenommen. (TT)